

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bonitz, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Heinz Wiese (Ehingen) und weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/7885 –**

Aktuelle Entwicklungen im Bereich des Linksextremismus

Vorbemerkung der Fragesteller

In Zusammenhang mit den Maßnahmen der internationalen Allianz in Afghanistan und den Protestaktionen gewaltbereiter sog. Globalisierungsgegner kam es in jüngster Zeit zu verstärkter Agitation von linksextremistischen Kräften auch in der Bundesrepublik Deutschland. Unübersehbar sind bei der linksextremistischen Agitation auch die Bestrebungen gegen den antitotalitären Charakter des Grundgesetzes. Vor diesem Hintergrund interessiert uns, ob die Bundesregierung der Auffassung ist, dass ihre Anstrengungen zur Aufklärung über den Linksextremismus und zu seiner Bekämpfung in einem angemessenen Verhältnis zu der tatsächlich von diesem ausgehenden Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland stehen.

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Nutzung von Geschäftsstellen und sonstiger Infrastruktur der PDS durch gewaltbereite sog. Globalisierungsgegner (vgl. FOCUS vom 2. Juli 2001)?

Der Parteivorstand der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) hat aus Anlass von Tagungen internationaler Einrichtungen wie der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltbank, des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) sowie Treffen von Ministern der führenden Wirtschaftsnationen (G7/G8) in der Vergangenheit mehrfach dazu aufgefordert, Proteste dagegen zu unterstützen. Die PDS in Berlin-Kreuzberg hat – wie aus dem Internet ersichtlich – für ein „Genua-Vorbereitungstreffen für Berlin“ sowie für eine „Nachlese“ auch Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt; ebenso hat die Partei für Gipfelproteste Busse organisiert. Der Bundesregierung liegen keine konkreten Einzelerkenntnisse vor, inwieweit dies von gewaltbereiten Globalisierungsgegnern genutzt wurde.

2. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Kontakte zwischen Amts- oder Mandatsträgern der PDS und Mitgliedern der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK (vgl. Neues Deutschland vom 5. November 2001)?

Seit Jahren greifen einzelne Vertreter der PDS Anliegen der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) auf und unterstützen diese politisch. Dazu gehört auch die Forderung nach Aufhebung des Betätigungsverbotes für die PKK. Einzelne Abgeordnete und Funktionäre haben in der Vergangenheit wiederholt Veranstaltungen PKK-naher Gruppierungen angemeldet oder sind dort als Redner aufgetreten.

So veranstaltete die Bundestagsfraktion der PDS am 4. November 2001 in Berlin ein „Hearing zur deutschen Türkeipolitik“ mit mehr als 120 Teilnehmern. Nach Berichten der Zeitungen „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ vom 5. November 2001 gehörte zu den Tagungsunterlagen eine Stellungnahme des Präsidialrates der PKK, die auch verlesen wurde. Der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der PDS habe dazu u. a. erläutert, dass man für einen Dialog alle Parteien brauche, dazu gehöre auch die PKK. Diese habe man leider wegen des PKK-Betätigungsverbotes nicht einladen können. Eine direkte Beteiligung der PKK wäre ihm lieber gewesen.

3. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Kontakte zwischen Amts- oder Mandatsträgern der PDS und gewaltbereiten sog. Autonomen (vgl. WELT am SONNTAG vom 17. Juni 2001)?

Einzelne Vertreter der PDS arbeiteten in Aktionsbündnissen auch mit gewaltbereiten Linksextremisten zusammen. Es werden Räumlichkeiten für Treffen oder technisches Gerät zur Verfügung gestellt, Materialkosten von der PDS übernommen und Demonstrationen angemeldet.

Neben dem PDS-nahen Jugendverband „[’solid]“ beteiligten sich u. a. Autonome an einem von einer Bundestagsabgeordneten der PDS zum 1. Mai 2001 in Berlin-Kreuzberg angemeldeten Aufzug „Gegen das Demonstrationsverbot für Linke am 1. Mai“. Der Aufzug wurde von der Masse der Teilnehmer als Ersatzveranstaltung für eine verbotene „18-Uhr-Demo“ betrachtet. Im Internet warb auch die linksextremistische „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB) für eine Teilnahme an der Demonstration. Zum Verlauf hieß es aus Kreisen der AAB, die Veranstalter hätten über Lautsprecher ausdrücklich Demonstrationsleitung und Rederecht auf die „vorbereitenden Gruppen der revolutionären 1. Mai-Demo“ übertragen.

Am 14. Juli 2001 fand eine Veranstaltung gegen den Aufmarsch eines „Kameradschaftsbundes Usedom“ in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) statt. Anmelder war unter anderem ein Landtagsabgeordneter der PDS. Unter den Teilnehmern waren mehrere hundert Gewaltbereite. Während der Veranstaltung kam es zu Blockaden, Stein- und Flaschenwürfen. Gegenüber der Tageszeitung „junge Welt“ vom 16. Juli 2001 verteidigte der PDS-Abgeordnete die gewalttätigen Demonstranten, indem er die Schuld an den Ausschreitungen der Polizei zuwies.

Der innenpolitische Sprecher der PDS im Thüringer Landtag meldete für den 2. Oktober 2001 einen Aufzug mit dem Motto „Es gibt tausend Gründe Deutschland zu hassen!“ in Erfurt für eine „Anarchistisch-Kommunistische Gruppe yafago“ an. Für den Aufzug wurde auch in der autonomen Szene mobilisiert. Die Demonstration wurde wegen befürchteter Ausschreitungen verboten, der Abgeordnete hat nach heftiger Kritik seine parlamentarische Funktion als innenpolitischer Sprecher aufgegeben.

4. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, dass ehemalige Mitarbeiter der Abteilung XXII des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR Amts- oder Mandatsträger oder hauptamtliche Mitarbeiter der PDS sind, und wenn ja, welche?

Aus Rechtsgründen ist eine Beantwortung dieser Frage in diesem Rahmen nicht zulässig.

5. Waren oder sind Bundestags- und Landtagsabgeordnete der PDS – beziehungsweise Mitglieder von Abgeordnetenhäusern – Mitglieder maßgeblich am Trotzismus orientierter Organisationen, und wenn ja, welche Abgeordneten?

Die Bundesregierung verfügt nicht über einen generellen Überblick, ob Mitglieder maßgeblich am Trotzismus orientierter Organisationen Bundes- oder Landtagsabgeordnete der PDS sind oder waren.

6. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Äußerungen von Mitgliedern des Marxistischen Forums im Rahmen der derzeitigen Debatte um ein neues PDS-Parteiprogramm, und wenn ja, welche?

Das „Marxistische Forum der PDS“ nahm zur Programmdebatte in der Partei in einer Erklärung vom 8. Juni 2001 Stellung, veröffentlicht im „PDS-Presse-dienst“ Nr. 26 vom 29. Juni 2001. Daraus wird ersichtlich, dass das Forum einen an der ehemaligen DDR orientierten Sozialismus anstrebt:

Vieles spreche dafür, dass der Weg zum Sozialismus notwendig, aber für längere Zeit blockiert sei, dass sogar möglicherweise der Absturz in die Barbarei nicht verhindert werden könne. Die weltgeschichtlichen Erfahrungen der Jahre zwischen 1919 und 1990 wie die Geschichte der DDR müssten im Programm-entwurf der Parteiführung stärker berücksichtigt werden. Millionen Menschen hätten zwar aus verschiedenen Gründen die DDR verlassen; demgegenüber hätten „andere und mehr Millionen“ die DDR der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland vorgezogen und versucht, diese zum Wohle aller zu bessern. Die gesellschaftlichen Beziehungen in der DDR dürften nicht auf die wirklichen oder erdichteten Beziehungen von „Politbüro“ und „verteufelter Staatssicherheit“ zu den Massen der Bürger reduziert werden. Der Entwurf der Parteiführung müsse sich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass sich Millionen Deutsche eine Lebenswelt aufzubauen begonnen hätten, in der sie zwar in bescheidenen, vielfach aber auch vernünftigen Verhältnissen gelebt hätten, nicht von sozialen Gefahren bedroht. Zur Hinterlassenschaft der DDR gehöre die Hoffnung, dass Sozialismus möglich sei. Das Marxistische Forum werde sich weder mit der gegenwärtigen Gesellschaft abfinden, noch in der Gesellschaft ankommen. Die Versuchung sei heute groß, sich auf den Tageskampf zu beschränken, das sozialistische Ziel endgültig in eine unverbindliche Vision zu verwandeln und auch die Verbindungen zum untergegangenen Sozialismus zu kappen.

Auch an dem unter der Internetadresse „www.pds-online/programm/entwurf2/index.htm“ publizierten Programmentwurf haben zwei prominente Mitglieder des Marxistischen Forums der PDS mitgewirkt. Dieser Programmentwurf ist allerdings mittlerweile überholt (vgl. Antwort zu Frage 7).

7. Sieht die Bundesregierung in dem unter www.pds-online/programm/entwurf2/index.htm veröffentlichten Entwurf für ein neues PDS-Partei-programm tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, und wenn ja, welche?

Der unter der Internetadresse „www.pds-online/programm/entwurf2/index.htm“ publizierte Programmentwurf bietet tatsächliche Anhaltspunkte für links-extremistische Bestrebungen. Dieser Programmentwurf spielt für die weitere programmatische Debatte in der PDS jedoch nur noch eine untergeordnete Rolle, da der Parteitag der PDS Anfang Oktober 2001 in Dresden einen anderen – von der Parteivorsitzenden am 27. April 2001 vorgestellten – Entwurf zur Grundlage der weiteren Debatte bestimmt hat.

Nach dem erstgenannten Programmentwurf ist – entsprechend der marxistischen Tradition – der Kapitalismus für alle wesentlichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen verantwortlich. Versuche einer globalen Alternative zum Kapitalismus, wie die Sowjetunion oder die DDR, seien zwar gescheitert, die Alternative demokratischer Sozialismus oder kapitalistische Barbarei werde jedoch zur Schicksalsfrage des 21. Jahrhunderts. Die Menschheit müsse einen Ausweg aus der zerstörerischen Entwicklungslogik des Kapitalismus finden. Als gebotener Ausweg erscheint – dem Entwurf zufolge – die Überwindung des Kapitalismus und die Errichtung einer neuen, alternativen, sozialistischen Gesellschaftsordnung. Insoweit heißt es: „Wir verteidigen auch künftig die Berechtigung einer über den Kapitalismus hinausgehenden gesellschaftlichen Entwicklung. Der in der DDR unternommene sozialistische Versuch gibt auch Mut, an die heutige Gesellschaft sozialistische Maßstäbe anzulegen“.

8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, dass eine vom Marxistischen Forum ausgehende Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht mehr vorhanden sei (Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Inneres Nr. 80/2001)?
9. Wie bewertet die Bundesregierung die Entscheidung des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, die Beobachtung des Marxistischen Forums aus allgemein zugänglichen Quellen einzustellen?

Zu Äußerungen und Entscheidungen von Landesbehörden nimmt die Bundesregierung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht Stellung.

10. In welchem Bundesland haben die meisten Mitglieder des Marxistischen Forums ihren Hauptwohnsitz?

Die meisten Mitglieder des Marxistischen Forums – soweit sie bekannt sind – wohnen in Berlin.

11. Plant die Bundesregierung, die Beobachtung des Marxistischen Forums durch das Bundesamt für Verfassungsschutz einzustellen?

Auf Bundesebene wird die Gesamtpartei beobachtet.

12. Teilt die Bundesregierung die Bewertung des Bundesministers des Innern, Otto Schily, „dass die PDS immer noch den alten antikapitalistischen Parolen hinterherläuft“ und dass hinsichtlich sog. Globalisierungsgegner „auch nicht die geringste Distanzierung von den Gewalttätern erkennbar“ sei (Bild-Zeitung vom 27. Juni 2001)?

Ja.

13. Sind der Bundesregierung Publikationen der PDS und Publikationen, an denen die PDS beteiligt ist, bekannt, die durch Interviewpartner und Gastautoren zu einer Erosion der Abgrenzung zwischen demokratischen und linksextremistischen Personen und Organisationen beitragen, und wenn ja, welche?

Voraussetzung für die Sammlung und Auswertung von Informationen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz ist das Vorliegen von tatsächlichen Anhaltspunkten für linksextremistische Bestrebungen. Auf die Akzeptanz von Positionen der PDS durch Dritte kommt es nicht an.

14. Inwieweit zieht die Bundesregierung Anzeigen linksextremistischer Organisationen in Publikationen der PDS und Publikationen, an denen die PDS beteiligt ist, heran, um ihr Urteil über deren Verfassungskonformität zu bilden, und wenn nein, warum nicht?

Anzeigen linksextremistischer Organisationen in Publikationen der PDS werden von Fall zu Fall – je nach Aussagekraft und Bedeutung – zur Einschätzung herangezogen.

15. Inwieweit hält die Bundesregierung die Bestrebungen der PDS gegen den gleichermaßen gegen jegliche Form von Extremismus gerichteten antitotalitären Charakter des Grundgesetzes, etwa durch ihren Antrag auf Änderung des Grundgesetzes durch eine sog. antifaschistische Klausel, für verfassungsschutzrelevant?

Die Betonung einzelner gesellschaftlicher Phänomene, wie z. B. des Rechtsextremismus, stellt sich – auch in Form eines Antrages auf Änderung des Grundgesetzes, das ansonsten unverändert bliebe – nicht als verfassungsschutzrelevant dar, zumal wenn es sich dabei nur um eine symbolische Aussage handelt.

16. Welche Publikationen stellen das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Bundeszentrale für politische Bildung zur Aufklärung über den Linksextremismus zur Verfügung?

Die geistig-politische Auseinandersetzung mit Gewalt und mit dem politischen Extremismus jeglicher Richtung gehört zu den Daueraufgaben der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB).

Das Thema Linksextremismus wird u. a. in folgenden Kontexten bearbeitet:

- Aufsätze und Materialien speziell zu aktuellen Phänomenen des Linksextremismus
 - Arbeitsmaterial zum Film Black-Box, BRD
 - Brandenburger Präventionsrat will auch Linksextremismus bekämpfen, in: Das Parlament Nr. 14/15/2000

- Thematisierung des Linksextremismus im Rahmen der Aufarbeitung von Extremismus allgemein:
 - Politischer Extremismus heute: Islamischer Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte v. 9. November 2001
 - Backes/Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland (vergriffen)
- Bezugnahme auf Linksextremismus vor den Hintergrund der aktuellen Terrorismusdebatte:

Im Rahmen der aktuellen Terrorismus Debatte in Folge der Ereignisse des 11. September 2001 sind, z. B. im Rahmen von Betrachtungen zur Entwicklung des Terrorismus, in den Publikationen der BpB ganze Beiträge bzw. inhaltliche Bezüge zum Thema Linksextremismus zu finden. Zu nennen sind hier u. a.:

- „Fluter“ Nr. 01 „Terrorismus“, insbesondere „Terror“. Wie die „Rote Armee Fraktion“ die Demokratie herausforderte
 - Aus Politik und Zeitgeschichte B51/2001
 - Bruce Hoffmann: Terrorismus der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt
 - Peter Waldmann: Terrorismus. Provokation der Macht
- Bezugnahme auf extremistische Tendenzen im Rahmen der Globalisierungsdebatte:
- Im Rahmen der Behandlung des Themas Globalisierung wird in verschiedenen Aufsätzen Bezug auf die Anti-Globalisierungsbewegung u. a. auch auf gewaltbereite Globalisierungsgegner genommen, z. B. in:

- Stiftung Entwicklung und Frieden: Globale Trends 2000
- Tanja Brühl, Tobias Debiel, Brigitte Hamm, Hartwig Hummel, Jens Martens (Hg): Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess

Die Aufzählung gibt eine Auswahl der derzeitigen Publikationen der BpB wieder.

Darüber hinaus werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz u. a. folgende Publikationen zur Aufklärung über den Linksextremismus zur Verfügung gestellt.

- „Aufgaben – Befugnisse – Grenzen“
(Broschüre, Erstauflage 1992, mehrfach nachgedruckt)
- „Verfassungsschutz im demokratischen Rechtsstaat“
(Begleitheft zur Ausstellung, Erstauflage 1998, mehrfach nachgedruckt)
- „Was wir für Sie tun“
(Faltblatt, Erstauflage 1993, mehrfach nachgedruckt)
- „Verfassungsschutz – Gegen Linksextremismus“
(Faltblatt, Erstauflage 1994, mehrfach nachgedruckt)
- „Extremistische Bestrebungen im Internet“
(Broschüre, Erstauflage 1998, 3 000 Stück, mehrfach nachgedruckt)
- „Militante Autonome“
(Broschüre, Erstauflage 1999, 3 000 Stück, mehrfach nachgedruckt)
- „Militante Linksextremisten rekrutieren Nachwuchs – Schauplatz Schule und Jugendtreff“
(Broschüre, Erstauflage 1999, 3 000 Stück, mehrfach nachgedruckt)

- „Sicherheitslage der Wirtschaft in Deutschland – Bedrohung durch Linksextremisten“
(Broschüre, Erstauflage 1999, 5 000 Stück, mehrfach nachgedruckt)

17. In welcher Höhe stellt der Bund Mittel für Aufklärung über den Linksextremismus und zu seiner Bekämpfung im Haushalt 2001 zur Verfügung?
18. Welche Programme des Bundes zur Aufklärung über den Linksextremismus und zu seiner Bekämpfung existieren oder sind geplant?

Für die Bundesregierung hat die Bekämpfung sowie die geistig-politische Auseinandersetzung mit allen Formen des politischen Extremismus hohe Priorität. Dies gilt auch für den Linksextremismus. Die Aufklärung über die Themen Extremismus und Gewalt gehört zu den kontinuierlichen Kernaufgaben der BpB und des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Insoweit wird auch auf die Antwort zur Frage 16 verwiesen.

Da die Titelbeschreibungen in den Haushalten der einzelnen Ressorts eine trennscharfe Differenzierung im Bereich der Bekämpfung der verschiedenen Formen des Extremismus und der geistig-politischen Auseinandersetzung mit ihm überwiegend nicht zulassen, können die konkret zur Verfügung stehenden Mittel in diesem Rahmen nicht dargestellt werden.

19. Welche linksextremistischen Organisationen wurden seit 1998 verboten?

Seit 1998 wurden keine linksextremistischen Organisationen verboten.

20. Welche Wissenschaftler gelten nach Einschätzung der Bundesregierung als Fachleute für Linksextremismus?

Eine Reihe von Wissenschaftlern beschäftigen sich in Deutschland ebenso wie in anderen Staaten intensiv mit der Erforschung des Linksextremismus. Es gehört nicht zu den Aufgaben der Bundesregierung, ein Urteil über die Qualifikation bestimmter Forscher abzugeben.

